

POLITISCHES PRISMA

Druck machen

Nachdem der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy schon auf der Luftfahrtmesse in Le Bourget dafür plädiert hatte, der europäische Luft- und Raumfahrt-Konzern EADS müsse ein „normales Unternehmen“ werden, dürfte in gut zwei Wochen klar werden, was er damit meint. Dann, am 16. Juli, trifft er sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Toulouse, dem Sitz von Airbus. Eines war Sarkozys Bemerkung sicher: ein Stacheln gegen die „unnormale“ Doppelspitze der EADS, Mutterkonzern von Airbus. Damit dürfte es bei dem Treffen Merkel-Sarkozy nicht nur um die wirtschaftliche Zukunft von Airbus gehen, sondern auch um diese Doppelspitze, die derzeit von dem Franzosen Louis Gallois und dem Deutschen Tom Enders gebildet wird. Enders Position könnte gefährdet werden, wenn Frankreich wie offenbar geplant, seinen Anteil an EADS erhöht – während die Deutschen ihren wohl eher reduzieren wollen. moc



Nicolas Sarkozy: Französische Machtübernahme bei EADS? Foto: Archiv

Abgespeckt

Die europäischen Forschungsminister wollen ein Europäisches Technologieinstitut (ETI) – aber sie wollen keine Kopie des amerikanischen Massachusetts Institute of Technology, wie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso geplant hatte. In einem Grundsatzbeschluss einigten sich die EU-Minister diese Woche unter Leitung von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) auf eine „allgemeine Ausrichtung“ des ETI, die sie zugleich als „wichtigen Schritt für die Zukunftsfähigkeit Europas“ deklariert. Der ETI ist diese Idee nur noch 309 Mio. € wert, keine Rede mehr von den 2,4 Mrd. €, die einst im Gespräch waren. Kernstück des neuen ETI sollen Wissens- und Innovationsgemeinschaften sein, etwa zu erneuerbaren Energien oder Klimaforschung. Später sollen dann in einer Public Private Partnership von Wissenschaft und Industrie gemeinsam strategische Ziele festzulegen werden – das klappte schon beim Satellitennavigationssystem Galileo nicht. „Aus dem Galileo-Debakel sollten wir lernen“, fordert deshalb der FDP-Europaabgeordnete Jorgo Chatzimarkakis deshalb zu Recht. TAF



Jorgo Chatzimarkakis: Sieht ETI auf demselben Weg wie Galileo. Foto: EUP

Es ruckelt

Erstmals ist ein Ruck durch Europa gegangen, bilanzierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die jetzt zu Ende gehende EU-Ratspräsidentschaft. Berufsoptimisten wie der Außenminister haben sich offenbar nicht von dem elenden Gezerre der vergangenen Tage beeindruckt lassen. Aber der Streit mit Polen und Großbritannien zeigt, welchen Fliehkräften die Union ausgesetzt ist. Beide Länder machten deutlich, dass ihnen das eigene Interesse über das der Union geht: wirtschaftlich wie politisch. Die Zukunft der EU liegt daher in einer Kern-Union mit klar definierten Zugangsbedingungen, die von allen Ländern eingehalten werden müssen. Der zähe Streit über den EU-Vertrag macht aber auch deutlich, wie sehr die EU mit sich selbst beschäftigt ist. Offenbar scheuen die Eliten eine offene Debatte über den Vertrag, der zu 95 % mit dem alten Verfassungsentwurf identisch ist und der bereits in zwei Volksentscheiden abgelehnt wurde. Die europäische Idee stärkt das nicht. has



Frank-Walter Steinmeier: Spielt europäische Konflikte herunter. Foto: SPD

Schlamperei?

Das ist schon ein starkes Stück: Da sollen im Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr Datenbänder beim Kopieren beschädigt worden sein. Die Kassetten seien nicht mehr lesbar gewesen – also fort damit! So liest sich, was mit Daten über Auslandseinsätze der Bundeswehr zwischen 1999 und 2003 passiert sein soll. Wenn es denn so ist, dann haben die Verantwortlichen entweder keine Ahnung von ihrem Job oder mehr als grob fahrlässig gehandelt. Das machen Fachleute wie der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar deutlich. Der nannte die Vorgänge in der Presse eine „unglaubliche Schlamperei“. Es gibt nämlich Datenrettungsspezialisten: Einrichtungen wie Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendienste gehören zur Stammkundschaft. Daten von kaffegetränkten Festplatten oder geschredderten Datenbändern zu retten, ist für diese Experten Alltag. Ihm sei neu, so Schaar, dass bei der Bundeswehr nur noch elektronisch archiviert werde. „Es gibt ja auch noch Papierkopien.“ Und wo sind die? swe



Peter Schaar: Schlamperei in Bundeswehr-EDV Foto: bfd

Zusammengestellt von hsteger@vdi-nachrichten.com / wmock@vdi-nachrichten.com

Standpunkt: Der Steuerexperte Lorenz Jarass über die Unternehmenssteuerreform

# Heuschrecken werden weiterhin steuerlich begünstigt

VDI nachrichten, Wiesbaden, 29. 6. 07, has – **Vergangene Woche haben die Länderfinanzminister den Weg freigemacht für die Unternehmenssteuerreform, über die am 6. Juli im Bundesrat abschließend entschieden wird. Der Steuerexperte Lorenz Jarass von der FH Wiesbaden und Autor des folgenden Artikels, kritisiert, dass diese Reform auf Dauer zu Steuerausfällen in Höhe von 10 Mrd. € jährlich führe, zudem würde das ohnehin komplizierte deutsche Steuerrecht noch unübersichtlicher.**



Lorenz Jarass: Die Unternehmenssteuerreform ist ein Beschäftigungsprogramm für Steuerberater. Foto: Kaufhold

Die Unternehmenssteuern in Deutschland seien zu hoch, bemängelt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und hat deshalb eine Reform durchgesetzt, mit der ab 2008 der nominale Steuersatz von 39 % auf 29 % gesenkt wird.

In einem Punkt hat Steinbrück Recht: Die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften sind in Deutschland tatsächlich hoch. Sie betragen zwischen 32 % und 40 %, je nach örtlichem Hebesatz der Gewerbesteuer. In der EU haben z. B. Zypern mit 10 % und Österreich mit 25 % deutlich niedrigere Sätze.

Aber: Die tatsächliche Ertragssteuerbelastung (ohne Grundsteuer) von Aktiengesellschaften und GmbHs in Deutschland liegt deutlich unter den nominalen Sätzen.

Sie sank 2001 durch die Unternehmenssteuerreform drastisch auf 10 % und stieg bis 2005 wieder auf 16 %, ein gutes Drittel des seit 2001 geltenden nominalen Steuersatzes von 40 %. Auch vor 2001 war sie schon niedrig und lag mit 24 % unter der Hälfte des damals gültigen Satzes von 50 % (siehe Grafik).

Auch gegenüber den Löhnen wurden Einkommen aus Unternehmer-Regierung später derartigen Maßnahmen zustimmen, wenn der gesenkte Steuersatz schon sicher ist? Das ist wie beim Weihnachtssingen: Wenn die Kinder ihre Geschenke schon haben, wollen sie nicht mehr singen.

Die Unternehmenssteuerreform 2008 führt deshalb nicht zum angestrebten und behaupteten Steuerausfall von 5 Mrd. € pro Jahr, sondern vielmehr zu jährlich über 10 Mrd. € dauerhaftem Steuerausfall. Das verschlingt die Hälfte des Mehrertrags der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007, die bekanntlich vor allem Arbeitnehmer, Rentner und die kleinen Gewerbetreibenden vor Ort wie Handwerker und Gastwirte belastet.

Die geplante Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen ist die widersinnigste Form, um den Steuerausfall von 5 Mrd. € gegenzufinanzieren. Sie führt nur zu einem Vorziehen von Steuereinnahmen und es werden ausschließlich diejenigen belastet, die in Deutschland real investieren und Arbeitsplätze schaffen, indem sie z. B. Hallen bauen und Maschinen installieren. Übrigens: Die Wirtschaft stimmte den Abschreibungsverschlechterungen zu, weil sie erwartet, dass beim nächsten Wirtschaftsabschwung die alten Abschreibungsleichterungen wieder eingeführt werden.

Ein weiteres Manko: Maßnahmen zur Reduzierung von Steuervermeidung wurden nur als Wunschskatalog niedergeschrieben. Das war der entscheidende politik-strategische Fehler: Warum sollten die Wirtschaft und ihre Interessenvertreter in Parlament und

Mit der Reform sollen auch Anreize geschaffen werden, mehr Gewinne in Deutschland zu versteuern, anstatt sie ins Ausland zu verschieben. Ursprünglich hatte Finanzminister Steinbrück dazu ein sinnvolles Konzept: So schlug er noch im Mai 2006 eine hälftige Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Finanzierungsaufwendungen vor. Vom Bruttoertrag wäre dann nur noch die Hälfte der Zinsaufwendungen steuerlich abzugsfähig gewesen. Die aggressive Fremdfinanzierung von Private-Equity- und Hedgefonds wäre steuerlich nicht mehr so stark belohnt worden. Doch diese dringende erforderliche und einfach umzusetzende steuerliche Begrenzung wurde auf Druck der Wirtschaftsverbände und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bis zur Unkenntlichkeit kastriert.

Stattdessen wurde die so genannte Zinsschranke erfunden. Damit sollte die Abzugsfähigkeit für Zinsaufwendungen verringert werden. Diesem Tiger wurden aber von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch eine Reihe von Ausnahmeklauseln die meisten Zähne gezogen. Private-Equity- und Hedgefonds, deren aggressive Fremdfinanzierungen eigentlich beschränkt werden sollten, sowie der Großteil der im Ausland residierenden Firmen können nun die Zinsschranke aushebeln. Gewinnverschiebung, Arbeitsplatzexport und Heuschrecken werden damit weiter vom deutschen Fiskus steuerlich begünstigt.

Das ohnehin schon extrem komplizierte deutsche Unternehmenssteuerrecht wird mit dieser Reform noch komplizierter. Die vielen neuen Wahl-

möglichkeiten erlauben ganz neue Steuervermeidungen und sind zusammen mit den vielen neuen Einzelfallregelungen ein Beschäftigungsprogramm für Steuerberater. Von dieser Reform profitieren die Kapitalgesellschaften und die großen Personengesellschaften. Das Nachsehen haben kleinere und inhabergeführte Unternehmen, die sich teure Berater nicht leisten können und für die Nutzung der globalen Steuervermeidungsmöglichkeiten zu klein sind.

Mit der Unternehmenssteuerreform in Deutschland wird eine neue Steuerenkungsrunde in der EU eingeläutet. Einige Länder (Frankreich, Großbritannien, Italien) haben bereits beschlossen oder angekündigt, ihre Steuersätze zu senken. Damit wird ein Kurs fortgesetzt, der in Europa Mitte der 90er Jahre eingeläutet wurde (siehe Grafik).

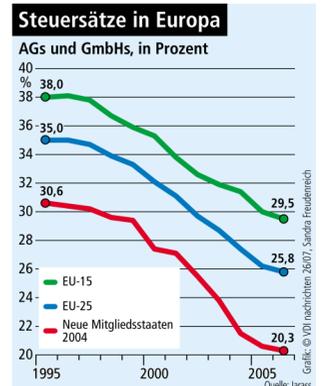
Es ist nicht mehr auszuschließen, dass in einigen Jahren in Europa überhaupt keine Gewinnsteuern mehr erhoben werden. Damit würden Unternehmen und Vermögende entlastet. Kompensiert werden müssten diese Senkungen durch die Anhebung der Verbrauchsteuern, z. B. der Mehrwertsteuer, deren Anteil am Steueraufkommen noch weiter wachsen würde.

Doch das wäre der falsche Weg. Ein Steuersystem ist effizienter und gerechter, wenn es mit moderaten Sätzen an mehreren Stellschrauben ansetzt: an Löhnen, Gewinnen, Vermögen und am Verbrauch. LORENZ JARASS

Lesetipp: L. Jarass und G. M. Obermair, Unternehmenssteuerreform 2008. Kosten und Nutzen der Reformvorschläge. MV-Verlag Münster, 153 S., 11,50 €. Versandkostenfrei lieferbar bei www.mv-buchhandel.de. Zum Herunterladen unter www.jarass.com.



Kapitalgesellschaften wurden von Ertragssteuern systematisch entlastet.



Steuersätze für Kapitalgesellschaften in Europa fallen kontinuierlich.

FIRMENREGISTER

3 Par.....12	Canon.....34	Excelerate Energy.....14	IHK Osnabrück.....20	Nokia Siemens Networks.....13	Solarcentury.....3	Weishaupt.....14
A.T. Kearney.....6	Charité Berlin.....11	Extergroup.....10	Infinion Technologies.....13	Nord-West Oelleitung.....14	Solarworld.....3	Würth Industrie France.....16
Adidas.....17	Chicago Board of Trade.....18	F.ifa.....17	Infors.....10	Oracle.....10	Solon.....22	Xecutive.....19
Air Berlin.....22	Claas.....16	First Solar.....3	Initiative D21.....13	Osram.....33	SPS Schickel.....18	Öko-Institut.....9
Airbus.....1, 2, 16, 18, 22	Cognos.....10	Foundry.....12	Intel.....12	Osram.....33	Präzisionssysteme.....18	
Alrosa, Leviev.....18	Conergy.....3	Fraunhofer-Gesellschaft.....6	InvestHK.....19	Storage-IO.....12	Tibco.....10	
AMD.....21	Daimler.....7	Fujitsu Siemens.....13	Iona Technologies.....10	Sun.....10	TNS-Infratest.....13	
Audi.....22	DB Telematik.....13	Fujitsu Siemens.....13	Kiwi Förderbank.....7	Sunpower.....14	Turnorzentrum München.....11	
Bayern München.....17	De Beers DTC.....18	Computer.....12	Kienbaum.....22	Suntech Power.....14	Uefa.....19	
BDO Deutsche	Dell.....12	Gas Midstream.....14	Klinikum	T-systems.....13	Duke University Medical Center.....11	
Warentreuhand.....18	Deloitte.....17	Kodak.....34	München-Großhadern.....11	Texas Instruments.....13	ETH Zürich.....12	
BEA.....10	Deutsche Bank Research.....17	Kodak.....34	Kodak.....34	Teradata.....10	FH Kiel.....23	
BenQ.....22	Deutsche	KTH Stockholm.....23	KTH Stockholm.....23	Teradata.....10	FH Südwestfalen.....33	
BHP Billiton.....18	Forschungsgemeinschaft.....15	Lexmark.....34	Lexmark.....34	Tibco.....10	FH Wiesbaden.....32	
BMW.....4, 21	Deutscher Fußball-Bund.....17	London Metal Exchange.....18	London Metal Exchange.....18	TNS-Infratest.....13	FU Berlin.....8	
Boeing.....1, 16	Deutsche Telekom.....1, 13	Lotse.....20	Lotse.....20	Turnorzentrum München.....11	Hochschule St. Gallen.....15	
Borussia Dortmund.....17	Deutsche Telekom Stiftung.....4	Manchester United.....17	Mannesmann.....8	Ubs.....19	TU Dresden.....18	
Bosch.....22	DHL.....15	Mannesmann.....8	Max-Planck-Institut für Biochemie.....11	Uefa.....19	TU München.....4, 11	
BP.....15	Dockweiler.....18	Max-Planck-Institut für Biochemie.....11	Max-Planck-Institut für Biochemie.....11	Vaillant.....14	Uni Hamburg.....33	
Brother.....34	DorSa embedded.....18	Metro.....15	Metro.....15	Vattenfall.....4	Uni Lübeck.....18	
Brunswick Group.....8	Dresdner Bank.....17	Microsoft.....10, 12	Microsoft.....10, 12	Viessmann.....14	Uni Mainz.....17	
Buderus.....14	EADS.....2, 13	Motorola.....13	Motorola.....13	Viessmann.....14	Uni Potsdam.....22	
Business Intelligence Application Research Centers.....10	EnBW.....22	MTU Aero Engines.....6	MTU Aero Engines.....6	Viessmann.....14	Universität Freiburg.....15	
Business Objects.....10	Enterprise Storage Group.....12			Viessmann.....14	Universitätsklinikum Tübingen.....11	
	Epson.....34			WebMethods.....10		
	Eteln.....13					